Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit des Nationalrats
(SGK-NR)
3003 Bern

15. März 2016

Vernehmlassung zur Prämienbefreiung für Kinder / KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 23. November 2015 eingeladen, zur Prämienbefreiung für Kinder / KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, eine Stellungnahme abzugeben. Wir lassen uns hierzu gerne vernehmen.

Der Kanton Solothurn begrüsst grundsätzlich die Bestrebungen, die finanzielle Belastung aufgrund der Krankenkassenprämien für Familien und junge Erwachsene zu reduzieren. Dennoch sehen wir auch kritische Punkte in der Vorlage, die wir nachfolgend ausführen.

1. Anpassung des Risikoausgleichs

Mit den heutigen Beiträgen in den Risikoausgleich können im Segment der jungen Erwachsenen (19 bis 25 Jahre) kaum mehr Rabatte durch die Versicherer gewährt werden. Entsprechend halten auch wir eine Korrektur dieser Beträge für angezeigt. Durch eine Reduktion der Zahlungen der Versicherer in den Risikoausgleich für junge Erwachsene um 50% werden finanzielle Mittel frei, die für eine Entlastung bei den Prämien für junge Erwachsene sorgen können, ohne dass das Solidaritätsprinzip infrage gestellt wird. Das Verhältnis zwischen risikoorientierten Prämien und den Solidaritätszahlungen von den gesünderen, jüngeren Versicherten zu den älteren kränkeren Versicherten erscheint auch unter dem neuen Modell immer noch ausgewogen. Deshalb begrüssen wir diese Massnahme.

Anderer Meinung sind wir hinsichtlich des Schaffens einer weiteren Prämienkategorie „Erwachsene von 26-35 Jahren“. Zwar kann diese Massnahme zu einer Entlastung von Familien führen, hat aber letztlich gegenüber Erwachsenen in dieser Altersgruppe ohne Kinder dieselbe Wirkung. Nicht selten verfügen kinderlose Erwachsene bereits in dieser Alterskategorie über ein erhebliches Einkommen und weisen oft eine gute bis sehr gute Gesundheit auf. Vor diesem Hintergrund beantragen wir, auf diese Massnahme zu verzichten.

2. Höhere minimale Prämienverbilligung für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung, die in Haushalten mit unteren und mittleren Einkommen leben

Die Stossrichtung, die Prämien von Kindern und jungen Erwachsenen in Ausbildung, die in Haushalten mit unteren und mittleren Einkommen leben, künftig um mindestens 80 Prozent statt wie bisher um mindestens 50 Prozent zu verbilligen, können wir aus sozialpolitischer Sicht nachvoll-

ziehen. Dennoch weisen wir den Vorschlag in seiner absoluten Form zurück. Es ist für uns unbestritten, dass die Mittel, welche durch die Anpassung des Risikoausgleichs bei den jungen Erwachsenen frei werden, im System der Prämienverbilligung verbleiben. Bei einer gleichzeitigen Erhöhung der minimalen Verbilligung auf 80% ist jedoch anzunehmen, dass zusätzliche Kosten auf die Kantone zukommen werden. In der gegenwärtig angespannten finanziellen Situation wäre ein erhöhter Zwang zur Verbilligung kaum zu verkraften. Es soll den Kantonen weiterhin frei stehen, gemäss ihrer eigenen Beurteilung der verfügbaren Mittel eine höhere Verbilligung zu gewähren. Entsprechend schlagen wir vor, dass die effektiv frei werdenden Mittel für die Prämienverbilligung zu verwenden sind, jedoch auf die Erhöhung der minimalen Verbilligung auf 80% verzichtet wird.

Mit der Einführung eines Risikoausgleichs unter den Kindern, ohne dass diese Risikoabgaben für die Erwachsenen verwendet werden sollen, können wir uns einverstanden erklären. Durch den Risikoausgleich kann der steigenden Gefahr begegnet werden, dass sich die Versicherer zunehmend auf die Risikoselektion innerhalb der Prämiengruppe der Kinder konzentrieren. Indem der Risikoausgleich separat berechnet wird, wird gleichzeitig ein Solidaritätstransfer zu den Erwachsenen verhindert, was ebenfalls zu begrüssen ist.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens. Für allfällige Fragen steht Ihnen Frau Claudia Hänzi, Chefin Amt für soziale Sicherheit, claudia.haenzi@ddi.so.ch, gerne zur Verfügung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Roland Fürst
Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber